

Antrag:

G.13.

Antragsteller/innen:

AG Cuba Si, Wolfgang Gehrcke, Harri Grünberg,
Kommunistische Plattform, Marxistisches Forum

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Frieden in Europa – Schluss mit der Gewalt in Syrien und im Nahen Osten**
2 **– Abrüstung in der Welt**

3 Die Raketenangriffe der USA, Frankreichs und Großbritanniens auf Syrien haben die Menschheit er-
4 neut an den Rand eines weltweiten Krieges gebracht. Ein unmittelbares militärisches Aufeinandertref-
5 fen in Syrien zwischen den USA und Russland war und ist nicht ausgeschlossen.

6 Die Angriffe auf Syrien waren völkerrechtswidrige Kriegshandlungen und nicht – wie die Bundesregie-
7 rung behauptet – eine berechtigte Strafe gegen Syrien.

8 Bis heute ist nicht aufgeklärt, ob, wie behauptet, Giftgas in Syrien eingesetzt worden ist. Das Völker-
9 recht gilt weltweit. Die Charta der Vereinten Nationen und die Charta der Menschenrechte verbieten
10 die Androhung von Gewalt, erst recht den Einsatz von Gewalt.

11 Das besonnene Vorgehen Russlands in diesem Konflikt, der Verzicht auf eine adäquate militärische
12 Antwort auf die Aggression der USA, Frankreichs und Großbritanniens haben in letzter Minute eine
13 Eskalation der Gewalt verhindert. In diesem Sinne ist Russland für DIE LINKE Partner und nicht Geg-
14 ner.

15 Wir haben nicht vergessen, dass die Befreiung Europas und damit auch die Befreiung Deutschlands
16 vom Faschismus die Tat der Roten Armee und der Anti-Hitler-Koalition war. 27 Millionen Bürgerinnen
17 und Bürger der Sowjetunion und 6,5 Millionen europäische Jüdinnen und Juden wurden Opfer des
18 barbarischen Gewaltsystems, das den Namen unseres Landes trägt. DIE LINKE tritt ein für gute Nach-
19 barschaft zu Russland, für die Sicherheit Israels und den Frieden im Nahen Osten.

20 Gute Nachbarschaft erfordert in Europa eine Zusammenarbeit mit Russland, die Aufhebung der Sank-
21 tionen gegen Russland, den Abzug der Bundeswehr von der russischen Westgrenze und den Verzicht
22 unseres Landes auf weitere Aufrüstung. Gute Nachbarschaft zu Russland bedeutet, Städtepartner-
23 schaften auszubauen, Jugendbegegnungen zu verstetigen und in der Öffentlichkeit für eine Verbesse-
24 rung des politisch-kulturellen Klimas zu Russland zu werben.

25 Gute Nachbarschaft zu Russland eröffnet einen Weg für einen gemeinsamen politischen, sozialen und
26 wirtschaftlichen Raum von Wladiwostok bis Lissabon. Russland gehört zu Europa, nicht nur geogra-
27 fisch, sondern auch kulturell, politisch und sozial. Die ständigen Versuche, Russland zu isolieren, müs-
28 sen aufgegeben werden. Eine notwendige Zusammenarbeit zwischen der EU und der Eurasischen
29 Union könnten in diesem Sinne einer weiteren Spaltung Europas entgegenwirken.

30 Der gemeinsame Raum zwischen Wladiwostok und Lissabon sollte Schritt für Schritt demilitarisiert
31 werden. Europa muss perspektivisch ein Kontinent ohne Massenvernichtungswaffen werden. Beste-
32 hende Konflikte in Europa wie der Ukraine-Konflikt, bestehende Differenzen zum Status der Krim, Kon-
33 flikte auf dem West-Balkan und sogenannte eingefrorene Konflikte wie z.B. der Konflikt um Berg-
34 Karabach, Transnistrien u.a. müssen ausschließlich diplomatisch und dürfen nicht militärisch gelöst
35 werden. Deutschland sollte – soweit gewünscht – eine Vermittlungsrolle in diesen Konflikten einneh-
36 men, auch das erfordert einen Kurswechsel der deutschen Außenpolitik. Nicht Verhärtung der deut-
37 schen Haltung zu Russland und weitere Aufrüstung dürfen die deutsche Außenpolitik bestimmen, son-
38 dern Deutschland muss aktiv für Frieden und Abrüstung wirken. Deutschland erklärt sein Nein zum
39 zweiprozentigen Aufrüstungsziel der NATO, scheidet aus den militärischen Strukturen der NATO aus
40 und setzt sich für eine Überwindung der NATO durch ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem ein-
41 schließlich Russlands ein. DIE LINKE widerspricht der Militarisierung der Europäischen Union und wird
42 sich in diesem Sinne nicht an EU-Militärmaßnahmen beteiligen. DIE LINKE verpflichtet sich der Abrüs-
43 tung und dem Völkerrecht und will als Partei der Abrüstung und des Völkerrechts politisch agieren.

44 Für die Sicherheit unseres Landes und Europas ist es unverzichtbar, die Atomwaffen der USA aus
45 Deutschland abzuziehen und die US-Garnisonen in Ramstein und anderswo zu schließen.
46 Die Verpflichtung, dass von deutschem Boden kein Krieg ausgehen darf, heißt auch, nicht zuzulassen,
47 dass die NATO und die USA von deutschem Boden aus Krieg führen.

48 Der Parteitag der Partei DIE LINKE ruft die ganze Partei auf, die Unterschriftensammlung der Frie-
49 densbewegung „Abrüsten statt Aufrüsten: Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das
50 Gebot der Stunde.“ mit aller Kraft zu unterstützen und beschließt, als Teil der Friedensbewegung den
51 1. September dieses Jahres als Aktionstag der Verständigung mit Russland zu begehen.

52 Der Parteitag der Partei DIE LINKE bestärkt ihre Bundestagsfraktion in ihrer Haltung, keinem Aus-
53 landseinsatz der Bundeswehr zuzustimmen, die Bundeswehr sofort aus bestehenden Konflikten zu-
54 rückzuziehen und dafür zu wirken, dass aktuelle Konflikte nicht durch militärische Maßnahmen belas-
55 tet werden.

56 Der Parteitag der Partei DIE LINKE tritt für eine friedliche Lösung des Syrien-Konfliktes ein, bestärkt
57 den UN-Sonderbeauftragten Staffan de Mistura in seiner Arbeit und fordert die Türkei auf, ihre Ag-
58 gressionen gegen Kurdinnen und Kurden zu beenden.

Antrag:

G.14.

Antragsteller/innen:

Sabine Leidig (Hessen), Caren Lay (Sachsen), Luigi Pantisano
(BaWü), Harald Wolf (Berlin), Dagmar Uhlig (BaWü)

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Nulltarif für Bus und Bahn als Offensive für eine sozial und ökologisch**
2 **gerechte Verkehrswende**

3 Wir wollen soziale und ökologische Mobilität für alle – mit weniger Verkehr. Es geht um unsere Le-
4 bensqualität, um soziale Teilhabe und um noch mehr: Der fortschreitende Klimawandel bedroht die
5 Lebensgrundlage vieler Menschen und wird vom Verkehr befeuert. Um Öl werden Kriege geführt, Roh-
6 stoffe wie Eisenerz oder Lithium werden unter zerstörerischen Bedingungen geplündert, für „Bio“-Sprit
7 wird Ackerland missbraucht Die herrschenden Verkehrsverhältnisse gehen auf Kosten der Armen –
8 hier und im globalen Süden. Daran wird sich nichts ändern, wenn künftig die Motoren elektrisch sind
9 und die Kfz autonom fahren.

10 DIE LINKE streitet für eine gerechte Verkehrswende. Der motorisierte Individualverkehr (MiV) kann
11 und muss deutlich reduziert werden. Geschwindigkeitsbegrenzung und viel geringere Emissionsgrenz-
12 werte sind nötig und Ersatz für fossile Brennstoffe bei Bussen, Taxen und car-Sharing-Fuhrparks.

13 Wir machen uns für Alternativen stark. Gemeinsam mit Gewerkschaften und Umweltinitiativen. Für
14 Ausbau der Bahn in der Fläche und für öffentlichen Nahverkehr der überall in Stadt und Land verläss-
15 lich und in gutem Takt zur Verfügung steht. Für attraktive Arbeit im öffentlichen Verkehr.

16 **Im Zentrum steht: „Nahverkehr für alle“ und schrittweise zum Nulltarif**

17 Unser mittelfristiges Ziel ist ein bundesweiter ÖPNV-Nulltarif und die Halbierung des Autoverkehrs.
18 Nur so können wir die klimapolitischen Versprechen einhalten und Lebensqualität in den Städten
19 merklich verbessern. Dafür hat DIE LINKE einen Stufen-Plan vorgelegt. Wir starten mit drei Paketen:

20 **1) Modellprojekte**

21 für einen ÖPNV zum Nulltarif ab 2019 in den 15 Städten, die von besonders hoher Stickoxid- und
22 Feinstaub-Belastung betroffen sind. Die Kommunen werden in die Lage versetzt, eine Nahverkehrsab-
23 gabe für Unternehmen einzuführen. Der Bund unterstützt die Modellstädte mit Förderung von bis zu
24 90 Prozent. Die Erfahrungen werden ausgewertet und verallgemeinert.